

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

**KPD für Einheitsfront?**

Massenaufmarsch der Berliner Arbeiter  
Nazimord ohne Ende

Die Opposition in der SPD

Der gesprengte Überwachungs-Ausschuß

Ungarn-Sternberg:

**Der Fünf-Jahrplan der USSR**

Das proletarische Kind in der Krise

## Länderprotest gegen Preußenverordnung

### Reichsratstagung abgesagt — Länderkonferenz verlangt — Die süddeutschen Regierungen bezweifeln Rechtsgültigkeit der Preußenpolitik der Reichsregierung

Berlin, 7. Februar.  
Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat die bayerische Staatsregierung sich wegen der jüngsten Maßnahmen gegenüber Preußen mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick in Verbindung gesetzt unter Hinweis vor allem auf die veränderte Situation im Reichsrat. Es verlautet in unterrichteten bayerischen Kreisen, daß die bayerische Staatsregierung unverändert an ihrem vor dem Staatsgerichtshof vertretenen Standpunkt festhalte, daß es unmöglich sei, daß Mitglieder des Reichskabinetts in ihrer Eigenschaft als Reichskommissare oder Landesorgane im Reichsrat mitzuwirken vermögen.

Der Reichsinnenminister habe die Absicht, zu Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche eine Länderkonferenz nach Berlin einzuberufen. Vom Ergebnis dieser Besprechung wird die weitere Arbeit im Reichsrat wesentlich abhängen. Was die neue preußische Klage in Leipzig anlangt, so ist eine Entscheidung darüber, ob Bayern als Mitkläger auftritt, bisher nicht gefallen.

Berlin, 7. Februar.  
VDZ. Der Reichsrat war zu seiner nächsten Vollversammlung für Donnerstag nachmittag einberufen worden. In dieser Sitzung wäre auf Grund der neuen Notverordnung das Land Preußen zum ersten Male durch die Bevollmächtigten des Reichskommisars vertreten gewesen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, ist diese Sitzung jedoch im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse wieder abgesagt worden. Eine neue Reichsratssitzung ist noch nicht anberaumt; sie wird wahrscheinlich von der Stellungnahme der übrigen Länder zu der neuen Lage in Preußen abhängen.

### Zentrum gegen die Preußen-Maßnahmen

Berlin, 7. Februar.  
VDZ. In Zentrumskreisen wird dem Nachrichtenbüro des VDZ erklärt, das Zentrum sei der Meinung, daß das jüngste Vorgehen gegen Preußen nicht der Verfassung entspreche. Die Zentrumsparlei werde diese Auffassung in einer morgen zur Veröffentlichung kommenden Kundmachung näher darlegen und sich dabei auf das Gutachten einer staatsrechtlichen Autorität stützen.

Im Ständigen Ausschuß des Preußischen Landtages, der heute abend zur Festsetzung des Termins für die Landtagswahlen Stellung nehmen solle, werde das Zentrum gleichfalls in einer Erklärung seine grundsätzliche Stellungnahme gegen die neue Verordnung darlegen und sich bei der Abstimmung, vorbehaltlich des Ergebnisses einer internen Aussprache am Nachmittag, wohl der Stimme enthalten.

### Frankfurter Stadtparlament gegen Auflösung

Frankfurt a. M., 6. Februar.  
CNB. Der Ältestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat zur Auflösung der Stadtverordnetenversammlung heute mit 9

gegen 2 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgende Entschließung gefaßt:  
„Der Ältestenausschuß protestiert gegen die plötzliche und durch keinerlei sachliche Gründe veranlaßte Auflösung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung durch die preußische Kommissariatsregierung. Die Verwaltungsarbeit der Stadt wird hierdurch erheblich gestört. Da nach der bisher geltenden Rechtslage nur einzelne Gemeindevertretungen bei Vorliegen wichtiger Gründe aufgelöst werden konnten und überdies die Verordnung noch nicht in der Preußischen Gesetzsammlung publiziert hier vorliegt, beschließt der Ältestenausschuß, die Stadtverordnetenversammlung am 7. März 1933 stattfinden zu lassen.“

Der Magistrat wird ersucht, nach eingehender Prüfung der Rechtslage gegen die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung alle erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Man sieht, der Reichsregierung entstehen große Schwierigkeiten aus ihrer Preußenpolitik. Die hier gemeldeten Schwierigkeiten werden noch vermehrt durch die von uns gestern gemeldete Klage beim Staatsgerichtshof.

Die Arbeiterklasse kann aber auf diesen Länderwiderstand keine großen Hoffnungen setzen. Sie muß sich klar darüber sein, daß dieser Widerstand der politisch reaktionären süddeutschen Länderregierungen kein grundsätzlicher und erst recht kein von proletarischen Klasseninteressen getragener ist, sondern ausschließlich von der Sorge diktiert ist, daß eine Zustimmung zur Diktatur in Preußen die Gefahr ihrer eigenen Absetzung in sich birgt.

Den wirklichen und erfolgreichen Widerstand kann nur die in einheitlicher Kampffront vorgehende Arbeiterklasse führen.

## KPD für Einheitsfront?

### Jetzt auch direktes Angebot an die Leitungen von SPD, ADGB und Afa

Entsprechend der seit einigen Monaten geübten Gepflogenheit und infolge des Verbots der ganzen kommunistischen Presse hat die KPD-Reichstagsfraktion am 7. Februar die ganze Presse zu einer sogenannten Pressekonferenz zwecks Informationen nach dem Reichstag geladen. Der Abgeordnete Pieck wandte sich zunächst sehr scharf gegen die von faschistischen und rechtsbürgerlichen Kreisen aufgestellte Behauptung, daß die Kommunisten einen planmäßigen Blutterror ausüben. Diese Hetze würde zu dem ausgesprochenen Zweck geführt, um das gänzliche Verbot der KPD durchzuführen, das, wie er aus sicherer Quelle wisse, in aller nächster Zeit verwirklicht würde. Die KPD lehne den individuellen Terror strikte ab und wehre sich nur gegen die Naziüberfälle auf die Arbeiterschaft. Das wichtigste aus der Rede Piecks ist folgende Erklärung:

„Für die Arbeiterklasse kommt es in der gegenwärtigen Lage darauf an, nicht einfach die Dinge treiben zu lassen und abzuwarten, bis der Faschismus „abgewirtschaftet“ hat, vielmehr geht es jetzt um die Einheit der Arbeiterklasse. Der Zusammenschluß zur Einheit für die Verteidigung der Lebensinteressen bedeutet eine entscheidende Wendung im Kampfe. Die KPD wird erneut an SPD und ADGB und Afa und ein öffentliches Einheitsfrontangebot richten.“

Es ist zu hoffen, daß diese Erklärung von Pieck nicht nur eine allgemeine Redensart zur Verteidigung der bisherigen KPD-Politik und ihrer unveränderten Fortsetzung ist, sondern daß hierin der Beginn einer wirklich ernsthaften Aenderung der kommunistischen Taktik zu erblicken ist. Es wäre die höchste Zeit dazu.

Die Worte Piecks zeigen aber auch gleichzeitig, wie falsch es bisher war, daß die KPD-Führung und ganz besonders ihre Sekretäre und Agitatoren sich ständig gegen jedes Einheitsangebot an die Spitzen der SPD und Gewerkschaften wandten und — trotz des längst erbrachten Beweises von der Nutzlosigkeit dieser Taktik — immer nur von der Einheitsfront „von unten“ sprachen.

Heute kann in der Tat nur ein schnelles und in jeder Hinsicht ehrlich gemeintes Zusammengehen aller Arbeiter-Organisationen helfen.

Wenn das der wirkliche Zweck und die ehrliche Absicht der KPD ist, dann ist andererseits notwendig, daß auch die SPD- und Gewerkschaftsführungen ihre auf diesem Gebiet nicht minder verhängnisvolle Politik aufgeben und daß sie von den Mitgliedern ihrer Organisationen gezwungen werden, nunmehr sofort die Einheitsfront der Tat, die einheitliche Kampffront der ganzen Arbeiterklasse und aller ihrer Organisationen herzustellen. Es gibt hierzu keinen anderen Weg als den, der von der Sozialistischen Arbeiter-Partei schon immer vorgeschlagen wurde, das heißt, die Einberufung einer sofortigen Konferenz bzw. Besprechung der führenden Funktionäre aller Arbeiterparteien und -Organisationen, auf der die Methoden und der Charakter des gemeinsamen Kampfes festgelegt wird.

Die deutsche Arbeiterklasse, die Arbeitermassen in allen Lagern ersehnen dieses einheitliche Vorgehen. Das Zustandekommen einer wirklichen Einheitsfront im Kampfe gegen den Faschismus würde nicht nur in der ganzen Arbeiterschaft ungeheure Begeisterung auslösen, sondern mit einem Schlage ihre Kräfte verdoppeln und verzehnfachen. Darum: Arbeiter aller Richtungen, ruht keinen Augenblick länger.

Erzwingt die einheitliche proletarische Kampffront gegen den Faschismus!

### 2,9 Millionen Arbeitslose in Großbritannien

London, 6. Februar.  
Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am 23. Januar auf 2.903.065. Das bedeutet eine Steigerung um 179.778 seit dem 9. Dezember. Die Zahl der Arbeitslosen liegt um 174.654 über der des Vergleichstages vom Vorjahre.

## Systemkrise auch in Frankreich

### Ein neues Kabinett — die alten Probleme

(Von unserem HE-Korrespondenten)

Paris, 5. Februar.

Wie schön funktioniert doch so eine gut eingelaufene Demokratie wie die französische! Das Kabinett Herriot wird von der Kammer gestürzt, es folgt Boncour — wird gestürzt, es folgt Daladier — wird wann gestürzt, es folgt wer? Die französische Demokratie ist auch aus ihren ersten Kinderkrankheiten heraus. Die deutsche ist in mittlerweile daran gestorben. Doch die französische ist außerhalb jeder Gefahr. So glauben heute noch viele Sozialdemokraten, die sich durchaus nicht immer zu den Rechten zählen.

Es kann nicht bestritten werden, daß die französische Republik eine leistungsfähige Konstitution hat als das Kind der Novemberrevolution, daß die demokratischen Traditionen im französischen Volke viel fester verwurzelt sind als bei dem zur Autoritätsgläubigkeit erzogenen deutschen Volke. Doch die Regierungstürzelei in Frankreich ist nicht ein niedliches Spiel, das beliebig häufig wiederholt werden könne. Die Ministerkrisen sind die Symptome einer Systemkrise, der Krise des Kapitalismus, in deren Strudel auch Frankreich mehr und mehr hineingezogen wird.

Herriot stürzte im Dezember über das Schuldenproblem. Er wäre, selbst wenn er die Frage der Kriegsschuldenzahlung nicht — sicherlich aus guten Gründen — so auf die Spitze getrieben hätte, ohne jeden Zweifel über sein Finanzprojekt, über die Pläne zur Ausbalancierung des Zehnmilliarden-Defizits gestürzt. Das ist heute die Sisyphusarbeit, die sich vor jeder Regierung erhebt. Daran ist Paul-Boncour gescheitert, trotz der wärmsten Sympathien, deren er sich bei den Sozialisten erfreute. Und Daladier? Auch er wird nicht fertig bringen, was seine beiden Vorgänger nicht vermocht haben. Denn dieses Budgetdefizit kann unter den Bedingungen der heutigen Wirtschaftslage Frankreichs nicht mehr mit kapitalistischen Mitteln ausgeglichen werden.

Das Kabinett Daladier aber ist Fleisch vom Fleische der beiden vorangegangenen Kabinette. 15 Minister sind von Boncour's Leitung lediglich zu Daladier übergegangen. Das Firmenschild hat gewechselt, die Politik wird dieselbe kapitalistische bleiben. Wie Boncour hat auch Daladier die sozialistische Fraktion zur Mitarbeit aufgefordert, diese hat die Anforderung abgelehnt, weil der neue Regierungschef von vornherein erklärte: 1. Er müsse jede Reduktion der militärischen Ausgaben ablehnen, wobei er auf die neuesten Ereignisse in Deutschland verweisen konnte. 2. Er könne keine Verpflichtung übernehmen, sich an die von der Sozialistischen Partei gestellten Bedingungen zu halten. (Über die französische Sozialistische Partei wird ein besonderer Artikel folgen.)

Inzwischen hilft man sich mit provisorischen Staatshaushaltsplänen. Die Schwierigkeiten jedoch bleiben bestehen, das Loch im Staatssäckel wird nicht nur nicht kleiner, sondern es wird größer und größer. Die Krise verschärft sich stündig: die Arbeitslosigkeit wächst von Woche zu Woche; die Produktionsmassen schrumpfen; die In- und Außenhandelsziffern werden kleiner und kleiner.

Wie lange kann das so weitergehen?

Die parlamentarische Hilflosigkeit der „Linken“ ist Oel in das Feuer der Reaktion. Ihr kann es nur recht sein, die „Linke“ sich auf den Parlamentarismus vergeblich mit Budgetgleichgewichtsübungen abmühen zu sehen. Sie kann nur davon profitieren. Ihr allein kommt es zugute, wenn sich jetzt überall die Bauern erheben, um von den verschiedenen Regierungen energische Maßnahmen gegen die ungeheure Not der Landwirtschaft zu verlangen. Daß bei den Protestaktionen der Klein- und Mittelbauern, die teilweise den Charakter von Revolten anzunehmen scheinen,

# Massenaufmarsch der Berliner Arbeiter

Die Eisener Front demonstrierte am Dienstag im Berliner Lustgarten, nachdem die für den vergangenen Sonntag geplante Kundgebung verboten worden war. Die Beteiligung an der Kundgebung war ungeheuer stark. Um 6 Uhr sollte die Kundgebung beginnen, aber bereits um 4 Uhr begannen die Massen den Lustgarten zu füllen. Aus allen Stadtteilen zogen endlose Züge des Reichsbanners, der Arbeitersportler, der Betriebsbauernschaften und vieler anderer Organisationen durch die Straßen der Stadt. An der Spitze und inmitten der Züge wurden zahlreiche Fahnen, Wimpel und Transparente mitgeführt. Besonders auffallend war die ungewöhnlich große Zahl von Betriebsarbeitern. Aus einzelnen Fabriken war fast die gesamte Belegschaft in den Demonstrationen. Auf beiden Seiten der Straßen wurden die Züge von Tausenden von Menschen begleitet, weitere Tausende säumten die Anmarschwege.

Kurz nach 16 Uhr war der Lustgarten schon so überfüllt, daß die Demonstrationen aus ganzen Stadtvierteln den Lustgarten nicht mehr erreichen konnten. Viele Tausende standen bis weit in die Straßen der Umgebung hinein.

Die starke Beteiligung an der Demonstration der Eisener Front ist gewiß keine Zustimmung der Massen zur Politik der SPD. Vielmehr ist der Riesenaufmarsch der Ber-

liner Arbeiter aller politischen Richtungen nur der Ausdruck ihrer ungebrochenen Kampfkraft sowie des Willens zur einheitlichen Klassenaktion.

Jedoch ganz im Gegensatz dazu stand die Rede des Parteivorstizes den Wels. Dieser führte aus:

Nur fünf Jahre lang sei die Sozialdemokratie allein in der Regierung verantwortlich gewesen. Aber gerade in dieser Zeit sei die schwerste und erfolgreichste Arbeit geleistet worden. Der Sozialdemokratie sei es zu verdanken, daß dem Arbeiter das Recht auf Arbeit und dem Erwerbslosen das Recht auf Unterstützung garantiert und das Dreiklassenwahlrecht beseitigt wurde. Auch die Beseitigung der Reparationen sei allein das Verdienst der Sozialdemokratie, und alle diese Erfolge würden dadurch nicht geringer, daß Herr von Papen in Lausanne die Früchte sozialdemokratischer Arbeit geerntet habe. Der Kampf ginge jetzt um die Einheitsfront des werktätigen Volkes, das am 5. März noch einmal Gelegenheit habe, sein Geschick in die Hand zu nehmen.

Dazu kann man nur sagen: „Nichts gelernt und alles vergessen“. Wer jetzt, angesichts der ganzen Größe der faschistischen Gefahr, die Arbeiter auf die Wahl vertritt, ist entweder ein notorisch Unbelehrbarer oder aber ein bewußter Schädling der Sache der Arbeiterschaft.

# Nazimord ohne Ende

Köln, 7. Februar.

Wie nachtraglich der Polizeibericht bekannt gibt, kam es in der Nacht zum Montag zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in dessen Verlauf der kommunistische Arbeiter Radke einen schweren Kopfschuß erlitt. Die Polizei gibt heute bekannt, daß Radke inzwischen an den Folgen dieser Verletzung, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben ist.

Leisnig, 7. Februar.

Nach einer Kundgebung der Eisernen Front kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern an der Kundgebung und Nationalsozialisten. Sieben Angehörige der Eisernen Front wurden durch Schüsse der Nazibanditen verletzt, davon einer schwer. Die Polizei nahm in der Geschäftsstelle der NSDAP, vor der sich die Ereignisse abspielten, eine Hausdurchsuchung nach Waffen vor; dabei wurden einige Schlagruten gefunden.

## Hunnen!

Magdeburg, 7. Februar.

In Seehausen (Altmark) wurde der Untere Bezirksvorsitzende der SPD für den Kreis Osterburg, als er einem Nazizug zusah, von Nazis mit Stöcken auf der Straße niedergeschlagen und derart zugerichtet, daß er

wahrscheinlich Zeit seines Lebens ein Krüppel bleiben wird; außerdem wurde ihm mit brennenden Fackeln das Gesicht verbrannt und er mußte in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden.

Stendal, 6. Februar.

In der Nacht zum Sonntag provozierten die Nazis in der ganzen Stadt Zusammenstöße, schlugen die Fensterscheiben in der Lilliale der „Volksstimme“ ein; harmlose Passanten wurden von ihnen auf der Straße angerepelt und mißhandelt.

## Arbeitermord im Nazilokal

Hamburg, 7. Februar.

In der Nacht zum Montag wurde der Schlosserlehrling Neubert in einem nationalsozialistischen Verkehrslokal, als er auf dem Weg zur Toilette war, erschossen. Wie jetzt der Polizeibericht bekannt gibt, hat die Untersuchung ergeben, daß der tödliche Schuß im Lokal abgegeben worden sein muß. Die Sektion erwieb, daß die Kugel wagerecht aufgetroffen und in der Wirbelsäule stecken geblieben ist. Es mutet sonderbar an, daß bisher noch keine Ermittlungen darüber angestellt wurden, welche politischen Gründe hinter dieser Bluttat stecken bzw. welcher politischen Richtung Neubert angehörte.

## Der Verbotsterror geht weiter

Schwerin (Mecklenburg), 6. Februar.

Das zunächst bis zum 6. Februar befristete Verbot der kommunistischen Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel wurde heute von der mecklenburgischen Staatsregierung bis auf weiteres verlängert, da die starke Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die zu dem ersten Verbot geführt habe, fortbestehe.

## Versammlungsverbote auch in Ungarn und Wien

Budapest, 7. Februar.

WTB. Durch eine Regierungsverordnung wird das Verbot der Abhaltung politischer Volksversammlungen und Umzüge wieder in Kraft gesetzt. Die vorübergehende Wiedereinführung dieses Verbotes hängt, wie das ungarische Telegrafienkorrespondenz-Büro meldet, mit den von der Regierung jüngst ins Leben gerufenen strengen Steuererordnungen zusammen, die die letzte Kraftanstrengung Ungarns nicht nur zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, sondern zur Erfüllung seiner Verpflichtungen darstellen, und gegen die von extremer Seite in einzelnen Teilen des Landes eine heftige Agitation eingesetzt habe.

Wien, 7. Februar.

WTB. Die für heute abend von der Kommunistischen Partei wegen der Vorgänge in Deutschland angemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel und die Anmärsche zu einer Versammlung im Dreheraal mit dem Thema „Gegen den Faschismus“ sind von der Polizeidirektion aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten worden.

## Verhaftung Brandlers

Der Führer der KPD-Opposition, Heinrich Brandler, wurde vor etwa zehn Tagen, als er in Straßburg in einer Versammlung sprach, in Haft genommen. Wie WTB (Paris) heute meldet, ist Brandler nach einer Meldung der Havas aus Straßburg erst am 7. Februar aus Frankreich ausgewiesen worden.

## Die Opposition in der SPD

In der Sozialdemokratie bereitet man den kommenden Parteitag vor. Er findet am Ende eines unruhigen Abschnitts der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung statt. Was er vorfindet, sind die tauchenden Trümmern der von der Parteiführung seit mehr als einem Jahrzehnt begangenen Politik. Kein Wunder, wenn sich da alleorts in der Mitgliedschaft der SPD Stimmen der Opposition und Unzufriedenheit bemerkbar machen. Doch mehr, als die vergangenen Parteitage, wird der kommende ausgefüllt sein von den skrupellosen Bemühungen routinierter Parteiführer, mit radikalen Phrasen die unglückliche Vergangenheit vergessen zu machen. Die Spitzenbestung hierin wird Rudolf Hilferding in seinem Referat über Karl Marx vollbringen.

Aber auch die „letzten der Molken“ von den alten Linken bemühen sich, auf diesem Gebiet einen Befähigungsnachweis zu erbringen. Auf einer Groß-Leipziger Mitgliederversammlung der SPD, welche sich mit dem Parteitag beschäftigt, hielt Engelbert Grent das Referat. Seine Ausführungen standen unter dem Motto: „Ueber Vergangenheit Schwamm drüber“. „Der Fehler lag nicht in der Tolerierungspolitik“, so führte er aus. Die Fehler seien lieber gemacht worden und letzten Endes sei die Unelgnigkeit der Arbeiterschaft daran schuld. Das ist nichts Neues. Alle SPD-Redner reiten auf diesem Steckenpferd, mit Absicht die Ursache mit der Wirkung vertauschend.

Für die Stimmung der sozialdemokratischen Mitglieder waren nicht nur die Diskussion, in der man sich sehr lebhaft gegen den bisherigen Kurs aussprach, sondern auch die vorgelegten Anträge zum Parteitag kennzeichnend. Aus der Reihe der vielen Anträge zum Organisations-Statut seien folgende erwähnt:

§ 10 ist dahingehend zu ändern:

„Stimmrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.“

§ 13 als neuen Absatz einzufügen:

„Auf Antrag von einem Viertel der stimmberechtigten Parteimitglieder ist zu den Referaten ein Konferent zu bestellen, der von den Antragstellern zu benennen ist.“

§ 15 Abs. 3 dahin zu ändern:

„Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Bezirksleitungen muß ein außerordentlicher Parteitag stattfinden.“

Gegen Ernst Heilmann, den berechtigten Redakteur des „Freien Wort“ wurde folgender Mißtrauensantrag angenommen:

Zum „Freien Wort“:

„Der Genosse Ernst Heilmann besitzt in seiner Eigenschaft als Schriftsteller des „Freien Wort“ nicht das Vertrauen der Parteigenossen.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich auf die bloße Opposition der Anträge nicht beschränken. Je entschiedener sie ihre Stellung verteidigen, um so eher werden sie auf Grund eigener Erfahrungen belehrt werden, daß die SPD in ihrer heutigen Form nie und nimmer reformierbar ist und daß der Sieg der proletarischen Revolution von ihrer Ueberwindung abhängig ist. Aufgabe unserer Genossen ist es, den oppositionellen SPD-Arbeitern zu helfen, der richtigen Weg zu finden.

## Naziregierung in Lippe

Detmold, 7. Februar.

WTB. Der neugewählte lippische Landtag trat heute nachmittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Landtagspräsidenten wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Bürgerlichen der Abgeordnete Heilmann zum Vizepräsidenten der bisherige sozialdemokratische Fraktionsführer Linne gewählt. Als Mitglieder der Landesregierung wurden die drei nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Krappe, Adolf Wedderwille und Landwirt Klöpfer gewählt. Die Nazis allein haben bekanntlich keine Mehrheit im Landtag, aber wie in Braunschweig und Thüringen befinden sich auch hier die übrigen bürgerlichen Parteien in ihrem Schlepptau.

## Die Parteien auf der Reichsliste

Berlin, 6. Februar.

Der Reichsminister des Innern hat die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge der Parteien zur Reichstagswahl am 5. März wie folgt festgesetzt:

- 1 = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
- 2 = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- 3 = Kommunistische Partei Deutschlands.
- 4 = Zentrum.
- 5 = Deutschnationale Volkspartei.
- 6 = Bayerische Volkspartei.
- 7 = Deutsche Volkspartei.
- 8 = Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
- 9 = Deutsche Staatspartei.
- 10 = Deutsche Bauernpartei.
- 11 = Landbund (Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund).
- 12 = Deutsch-Hannoversche Partei.
- 13 = Thüringer Landbund.
- 14 = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

## Graf Apponyi gestorben

In Genf ist am Dienstag Graf Apponyi, der Vertreter Ungarns im Völkerbund, plötzlich gestorben. Apponyi stand im Alter von 87 Jahren. Als kluger konservativer Politiker stand er seit 60 Jahren im Vordergrund des politischen Lebens in Ungarn und war als solcher auch weit über Ungarn hinaus in der ganzen Welt bekannt.

die Führung in den Händen der Großgrundbesitzer liegt, wer sollte daran zweifeln? Die baltischen Großgrundbesitzer sind ja auch nicht dümmer als die osteuropäischen Junker und Landbesitzer. Die Reaktion allerorts sich auch den Nutzen aus den jetzt in steter Folge organisierten Protestversammlungen der Steuerzahler, des Handels und Gewerbes usw.

Während die Budget- und Finanzminister über unbrüchlichen Finanzprojekten brüten, während eine heilige Scheu vor wirklich wirksamen Mitteln ihnen, den Beluwartern und Verteidigern der heiligen kapitalistischen Privatwirtschaft, die Hände bindet, erstarkt die Reaktion. Die „Links“ wird diktiert. Der Parlamentarismus kommt in Mitleidenschaft und die Parteien - und je länger der Zustand der Paralyse dauert umso häufiger der Ruf nach der starken Hand.

Die französische Demokratie hält „kleinen Fischkuchens“ schon stand? Das Problem der Demokratie wird immerhin schon öffentlich zur Debatte gestellt. Wenn solche Exzentriker wie Charles Maurras in der „Action Française“ erklären: Die Republik und die Demokratie seien nichts wert; sie demoralisieren das Volk; die Demokratie beruhe nicht auf dem Verstand - dann hat das noch verhältnismäßig wenig zu sagen. Aber selbst linksbürgerliche Politiker wie „L'Oeuvre“ fühlen sich jetzt verpflichtet, die Demokratie zu verteidigen. Das ganze Dilemma kommt nach „L'Oeuvre“ daher, daß zu wenig Demokratie besteht. Der Präsident der Republik ernannt den Ministerpräsidenten, dieser die Minister; die Regierung fühle sich dadurch nicht so sehr der Mehrheit der Kammer, als der Administration verantwortlich und bekomme mit der Mehrheit keinen engen Kontakt. Hiermit z.B. sei vor allem deshalb gestützt, weil er der Fühlungnahme mit seiner ihn stützenden Mehrheit (Radikale und Sozialisten) systematisch aus dem Wege gegangen sei. Eine etwas eigenartige Erklärung der politischen Krise! Die „starken Männer“ halten sich indessen schon bereit. Da ist André Tardieu, der sich berufen fühlt. Da sind die verschiedenen extremen rechten Gruppen, die eine äußerst intensive Propaganda betreiben. Da tauchen die „Nationalsozialisten“ (Socialistes Nationaux) auf mit ihrem Manifest: „Nieder mit dem parlamentarischen Regime!“, die ihren „nationalen Sozialismus“ nicht nach dem Vorbild des italienischen Faschismus und nicht nach dem des Hitlerismus errichten wollen. Ihr Ziel ist die „Autoritäre Republik“. Sie sind für korporativen Sozialismus, für Privateigentum, für äußeren und inneren Frieden, für die Landwirtschaft, für die Arbeiter, für die Industrie, für deutsch-französische Verständigung, für Militarisierung, für ... alles.

In Frankreich gibt es keine faschistische Gefahr? Gefahr - nein, jetzt noch nicht! Aber auch Hitler hat nicht mit der Reichskanzlerschaft begonnen. Und als er noch der viel bespöttelte Clown war, den die Sozialdemokraten von den sicheren Höhen ihrer „Machtpositionen“ mit mitleidigen Witzern erdrücken zu können glaubten, da gab es auch in Deutschland keine faschistische „Gefahr“. Doch in Frankreich gibt es in Form eines Faschismus, der gewiß andere Wege gehen wird, wie der deutsche oder der italienische. Daß er nicht zu einer wirklichen Gefahr werde, dafür zu sorgen, ist die Aufgabe der Arbeiterparteien, die aus dem Schicksal des deutschen Proletariats hoffentlich gelernt haben, wie man den Faschismus nicht bekämpfen darf.

## Auf der Jagd nach dem Panzerkreuzer

Ein Teil der bürgerlichen Presse hatte gestern voreilig - der Wunsch war wohl hier der Vater des Gedankens - Nachrichten über die Übergabe des in Besitz der aufständischen Matrosen befindlichen holländischen Panzerkreuzers „Die sieben Provinzen“ gebracht. Diese Nachrichten treffen nicht zu.

An der Verfolgung des Panzerkreuzers nehmen außer dem Regierungsdampfer „Aldebaran“ ein Minenleger, zwei Unterseeboote und drei Marineflugzeuge teil. Die holländische Marineleitung teilt mit, daß die „Aldebaran“, der die Kohlen ausgegangen sind, durch den Regierungsdampfer „Eridanus“ abgelöst werden soll.

Die aufständischen Matrosen haben an die sie verfolgende Flottille drahtlos Bedingungen übermittelt, unter denen sie eventuell bereit seien, sich zu ergeben. Diese Bedingungen sehen unter anderem Straffreiheit für die Aufständischen vor.

## Die Abrüstungskonferenz

Seit einiger Tagen ist in Genf wieder einmal die Abrüstungskonferenz an der Arbeit. Die ganze Diskussion dreht sich in der Hauptsache um den bekannten französischen „Sicherheitsplan“. Schon jetzt steht aber fest, daß dieser, ganz auf die imperialistischen Interessen Frankreichs zugeschnittene Plan bei der großen Mehrzahl der übrigen Staaten keine Unterstützung findet. Außer England haben sich Malten, Spanien und eine Reihe weiterer Staaten mehr oder minder schamlos dagegen ausgesprochen, während sich selbstverständlich die französischen Vasallenstaaten, wie Griechenland, Polen, für den französischen Plan einsetzen. Aber selbst Polen machte allerlei Einschränkungen. Der Vertreter Deutschlands erklärte, daß auch die neue Regierung die vom Scheitern-Kabinetl eingeschlagene Linie der Gleichberechtigung und Abrüstung der übrigen Staaten unverändert vertrete. Litwinaow als Vertreter der Sowjet-Union brachte erneut einen konkreten Vorschlag für generelle Abrüstung in allen Staaten der Welt ein.

## Der gesprengte Ueberwachungs-Ausschuß

Nach der von uns schon gestern kurz gemeldeten Sprengung des Reichstags-Ueberwachungs-Ausschusses, durch die Nationalsozialisten hat der Vorsitzende, Abgeordneter Löbe, ein Schreiben an den Reichstagspräsidenten Goering gerichtet, worin er ihm die mit Absicht durchgeführte Sprengung der Ausschuss-Sitzung mitteilt und ihn mit dem Hinweis auf seine Präsidialbefugnisse ersucht, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ein geordnetes Stattfinden der für Mittwoch erneut einberufenen Ausschuss-Sitzung zu gewährleisten.

Präsident Goering hat darauf sehr ausweichend geantwortet. Er erklärte sich lediglich bereit, eine Vermittlung herbeizuführen, um die sachliche Arbeit des Ausschusses pflichtgemäß zu gewährleisten.

Es bleibt abzuwarten, ob in der heutigen Sitzung die Nazis ihre Ankündigung, die Sitzung unter dem Vorsitz Löbe unter keinen Umständen stattfinden zu lassen, wahr machen oder ob seitens der NSDAP-Führung ein ernstlicher Wille besteht, die Dinge nicht auf der Spitze zu treiben.

Der wirkliche Grund für die Sprengung der Ausschuss-Sitzung wird allgemein darin erblickt, daß die Nazis unter allen Umständen eine erneute Auflösung des Osthilleskandals verhindern wollen. Sie, die monatelang eine demagogische Hetze gegen die „Barone und feinen Leute“ geführt haben, sind nämlich jetzt die eifrigsten Verfechter der großgrundbesitzerlichen Junkerinteressen und tun alles, um die Aufdeckung der schamlos an Korruption der Junker und Barone in der Osthilfe zu verhindern.

## Das tägliche Zeitungsverbot

Waldenburg, 6. Februar.

Der Regierungspräsident hat die sozialdemokratische Tageszeitung „Schlesische Bergwacht“ in Waldenburg wegen der Veröffentlichung des Auftrufs der Sozialdemokratischen Partei mit ihren Kopfblättern auf drei Tage, und zwar vom 6. bis 8. Februar, verboten.

## Das tägliche Zeitungsverbot



# Einheitsfront

## Zur Erhaltung und Sicherung des Deutschen Freidenker-Verbandes

Da die Verbandsbürokratie, besonders der augenblickliche Ortsvorstand unter Führung von Karl Pietsch, keine Anstalten macht, dem Kulturfaschismus die Kraft der Organisation entgegenzustellen, betrachten es die oppositionell eingestellten Mitglieder als ihre Pflicht, die vorhandenen Kräfte zu mobilisieren.

Die gut besuchte Versammlung der Oppositionsmitglieder, die am Montag stattfand, und die von dem einheitlichen Willen beseelt war, der Organisation und damit dem Kulturkampf der Arbeiterklasse zu dienen, stellte sich einstimmig hinter nächstehendes Kampfprogramm, nachdem es in der Versammlung von Genossen der SAP, KPD und KPDO befrwortet wurde.

### Das Kampfprogramm der Opposition im DFV

1. Kampf gegen das drohende Verbot proletarischer Organisationen und ihrer Presse, gegen die Unterdrückung der Koalitions-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, besonders gegen das drohende Verbot des DFV durch Massen-Protestversammlungen und Unterschriftsammlungen. Zur Führung des Kampfes gegen alle Verbots- und Terrormaßnahmen der Hitler-Regierung, die Bildung örtlicher Einheitsausschüsse aller proletarischen Organisationen.
2. Regelmäßige Durchführung von Kirchenaustrittswerbungen und Organisation

### Achtung!

Sämtliche Postsendungen für die SAP Ortsgruppe Breslau sowie Bezirk Mittelschlesien müssen die Anschrift Max Rausch, Breslau 5, Gartenstraße 21, tragen.

- einer breiten Aufklärungsarbeit in allen proletarischen Massenorganisationen auf revolutionärer marxistischer Grundlage.
- 3. Gegen die Faschisierung und Verpaffung des Schulwesens, gegen den Abbau dissidentischer Lehrer.
- 4. Kampf gegen die Faschisierung des Rundfunks, für die Beteiligung aller Arbeiterorganisationen am Rundfunk, Organisation eines Hörerstreiks zur Durchsetzung der proletarischen Forderungen.
- 5. Kampf der drohenden Kriegsgefahr und den Aufrüstungsplänen der Bourgeoisie, besonders gegen Arbeitsdienst und Reichskuratorium. Für den Schutz der Sowjetunion.
- 6. Gegen die Bestrebungen der religiösen Sozialisten, die mehr denn je das Opium der Religion in die Arbeiterbewegung zu tragen versuchen.
- 7. Gegen den § 218, für Amnestierung aller von diesem Mordparagrafen betroffenen proletarischen Frauen.
- 8. Für die Einheit der proletarischen Freidenkerbewegung und die Wiederaufnahme aller aus politischen Gründen ausgeschlossenen Freidenker und DFV-Ortsgruppen, Kampf gegen die Spaltungspolitik des Haupt- und Bezirksvorstandes.
- 9. Für die Stärkung und den Ausbau des DFV als Kulturkampforganisation, gegen alle Bestrebungen, den DFV zu einer reinen Bestattungskasse umzuwandeln und

gegen die Unterstellung unter Reichsaufsicht. Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Mitglieder im Verbände, gegen die Einführung des Vertretersystems, für regelmäßige Abhaltung von Mitgliederversammlungen bei freier Referentenwahl. 10. Um die Durchführung einer wirklich revolutionären Kulturpolitik im Verbände

zu sichern, die Zusammenfassung aller oppositionellen Freidenker zu gemeinsamer Arbeit innerhalb des Verbandes, weil nur durch Ueberwindung der reformistischen Ideologie im Verbände und durch die Stärkung der revolutionären, oppositionellen Kräfte eine wirkliche Stärkung des Verbandes und eine Erhöhung seiner Schlagkraft erreicht werden kann.

## Ein zweites Opfer des Polizeimassaker in der Büttnerstraße

### Richard Kuhnert seinen Verletzungen erlegen

Der Klassengenosse Richard Kuhnert, der bei den Zusammenstößen mit der Polizei in der Büttnerstraße durch einen Beckenschuß schwer verletzt wurde, ist — wie wir jetzt erst erfahren, bereits am vergangenen Sonnabend im Allerheiligen-Hospital seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Kugel, die ihn traf, durchschlug das Becken und zerriff an drei Stellen den Darm.

Richard Kuhnert, Mitglied des ADGB, ist ein zweites Opfer des Polizeimassakers in der Büttnerstraße.

Die Polizei erklärte allerdings seinerzeit durch ihren amtlichen Bericht, den die Pressestelle des hiesigen Polizeipräsidenten herausgegeben, daß die Schüsse, die die Arbeiter getroffen, aus der Menge gefallen seien. Augenzeugenaussagen widersprechen diesem Bericht.

Wir sind jetzt in der Lage, den Ausspruch des Arztes, der den Klassengenossen Kuhnert im Allerheiligen-Hospital operiert hat und der das Geschöß bei dem Schwerverletzten aus dem Magen entfernte, wiederzugeben. Der Arzt hat der Frau des Genossen Kuhnert erklärt, daß es sich um

### ein Polizeigeschöß

handle. Die Tatsachen sprechen also gegen den Polizeibericht und gegen die Polizei. Deshalb verschwiegen man wohl auch bis

## Max Wasners Einäscherung

Zum zweiten Male in dieser Woche sah Breslau gestern eine gewaltige Demonstration der roten Einheitsfront.

Fanden sich am Sonntag die klassenbewußten Arbeiter Breslaus zu einer wichtigen Kundgebung gegen den braunen Mordterror und die Hitler-Regierung, so gaben sie gestern einem Opfer des Terrors das letzte Geleit.

Viele Tausende hatten sich am Mittag auf dem Gräbschener Friedhof eingefunden; nur einen Bruchteil von ihnen konnte die Krematoriumshalle fassen, während die übrigen auf dem Vorplatz verweilen mußten. Am Sarge Max Wasners standen die Delegationen der drei Arbeiterparteien und einiger Großbetriebe.

Die städtischen Elektrizitätswerke, die Straßenbahn, die Marstallverwaltung und die „Volkswehr“ waren vertreten. Besonderen Eindruck machte eine mehr als 100 Mann starke Delegation der Belegschaft der „Breslauer Neuesten Nachrichten“, die in geschlossenem Zuge von ihrer Arbeitsstätte anmarschiert kam.

Für den Freidenkerverband und die Organisation der „Eisernen Front“ hielt Genosse Steffen die Gedenkrede. Max Wasner ist einer von den Tausenden, die in diesen Tagen der Mordbestie der „deutschen Kulturbringer“ zum Opfer fallen. An seinem Sarge gelobt die Breslauer Arbeiterschaft, sein Werk weiterzuführen. Besonders tragisch ist das Geschick seiner 74jährigen Mutter, die vor Max bereits vier ihrer Kinder ins Grab sinken sah und nun auch ihn — der ihr eine Stütze in ihren alten Tagen war — opfern mußte. Die Mutter und seine Angehörigen mögen den Trost mitnehmen,

daß Max Wasner der Breslauer Arbeiterschaft unvergeßlich bleiben wird und sie solange kämpfen wird, bis eine Gesellschaft der Freiheit und Gerechtigkeit Wirklichkeit geworden sein wird.

Für die Kommunistische Partei betonte der Genosse Brodke, daß wir nicht nur zu den Gräbern unserer Gemordeten marschieren dürfen, sondern daß wir endlich auch zum aktiven Handeln gegen die Herrschenden

zum heutigen Tage (wir zählen heute Mittwoch — Genosse Kuhnert ist bereits am Sonnabend früh gestorben) in dem amtlichen Polizeibericht das Hinscheiden des Schwerverletzten.

Die Leiche des ADGB-Kollegen, die nach seinem Ableben in die Maxklinik gebracht worden war, ist heute vormittag nach dem Oswitzer Friedhof überführt worden.

### Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, um 16.30 Uhr von der Halle 2 des Oswitzer Friedhofs statt

Breslaus Proletariat, Breslaus Erwerbslose, Breslaus Betriebe müssen diesem zweiten Opfer des Polizeiterrors das letzte Geleit geben.

Nehmt in allen Betrieben Stellung dazu! Schickt Delegationen!

Zeigt dem Klassenfeind, daß der Wille zum Kampf in der Breslauer Arbeiterschaft ungebrochen ist!

Zeigt dem Bürgertum, daß die Einheitsfront der Breslauer Arbeiterschaft im Wachsen begriffen ist!

Protestiert durch eure Beteiligung gegen den Terror der Bürgerkriegsbanden der Nazis und der staatlichen sogenannten „Sicherheits“-organe!

Die SAP-, SSB- und SJV-Genossen müssen vollzählig bei der Beerdigung erscheinen!

Masse auch der Polizeiwilkkür zu trotzen vermag.

Erst auf dem Sonnenplatz löste sich dann unsere Demonstration freiwillig auf, und unsere Genossen kehrten in geschlossenen Gruppen in ihre Stadtteile zurück.

Breslaus Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie sich durch Herrn Heines und seine Mordkompanie nicht einschüchtern läßt, sie beherrscht die Straße. Wie aber erst könnte es in Breslau und überall in Deutschland aussehen, wenn sich nicht nur die Proletarier selbst bei der Besetzung ihres Opfer zusammenfinden würden, sondern wenn die Organisationen der Arbeiterschaft, ADGB, SPD, KPD, SAP und die Kultur- und Sportorganisationen sich zu gemeinsamer Aktion zusammenschließen und die gesamte Arbeiterschaft zum Kampfe rufen würde? Mit dem Nazispuk wäre es bald vorbei.

## Nazis belagern eine Gastwirtschaft

Auch in Strehlen wütet der Naziterror. Am vergangenen Sonntag versuchten SA-Leute in Hussinetz bei Strehlen in ein Gasthaus, das ein früherer Steinarbeiter gepachtet hat, einzudringen. Im Lokal befanden sich eine Anzahl Arbeiter. Die braunen Söldlinge rückten mit Äxten, Latten und Stangen heran, belagerten regelrecht das Haus und zertrümmerten die Fenster und die Haustür.

Keln Wunder, daß sie nach Taten lechzten, denn beim Siegesrummel, den Stahlhelm und SA gemeinsam einige Stunden vorher in der Stadt Strehlen veranstaltet hatten, hatte man ja bewußt und mit großem Nachdruck gegen die Arbeiterschaft und den Marxismus gehetzt und „die Ausrottung des Bolschewismus“ proklamiert. Diese Parole versuchte man nun in die Tat umzusetzen.

Die Staatsorgane ließen natürlich auf sich warten. Der Landjäger mußte erst einige Male angerufen werden, ehe er überhaupt erschien. Und als er schließlich da war — stand er machtlos der Horde gegenüber. Erst dem herbeigerufenen Strehlener Polizeikommando gelang es, die Belagerten zu befreien.

Der Nazijunkel dauerte aber weiter an. Die braunen Soldaten versteckten sich vereinzelt hinter die Bäume der Chaussee und überfielen dann einzeln die nach Hause gehenden Arbeiter.

## Ein Erfolg des Erwerbslosenausschusses

Oels. Der Ausschuß hatte an den Magistrat der Stadt Oels Forderungen für die Erwerbslosen gestellt. Die Verhandlungen, die von dem Genossen Stoffel (KPD) geführt wurden, ergaben folgendes Resultat:

1. Alle Erwerbslosen erhalten einen Zentner Kohle pro Monat.
2. In der alten Volksbibliothek wird eine Wärme- und Unterkunfthalle für Erwerbslose, insbesondere für jugendliche, eingerichtet.
3. Kinderreiche Familien erhalten je nach Lage gratis Essen aus der Volksküche.
4. Familien mit mehr als 2 Kindern erhalten pro Tag ein Liter Milch.
5. Ueber die Forderungen wegen Mietsbeihilfen wird noch mit dem Kreisausschuß verhandelt werden, auch hier besteht Aussicht auf Erfolg.

Diese Maßnahmen des Ausschusses, der damals in einer gemeinsamen Versammlung aus KPD-, SAP-Genossen und Parteiloosen gebildet wurde, beweisen, daß durch geschlossenes Handeln immer etwas zu erreichen ist.

## Die „Roten Raketen“

kommen am Sonnabend, dem 11., und Sonntag, dem 12. Februar, nach Breslau. Diese Spieltruppe, entstanden aus dem früheren „Roten Frontkämpferbund“ heraus, ist mit das Beste, was die Arbeiterschaft auf dem Gebiete der proletarischen politischen Satire besitzt. Durch hervorragendes technisches Können, vereint mit Berliner Mutterwitz, zeichnet sie sich aus. Kabarett, Jazzband und Schnellzeichnen von politischen Karikaturen sind ihre Hauptelemente. Zum erstenmal in Breslau starteten die „Roten Raketen“ am Sonnabend, 20. Ubr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße. Am Sonntagnachmittag, 14.30 Uhr, findet eine Kinderveranstaltung der „Roten Raketen“ statt. Der Eintritt für Kinder beträgt 10 Pfg., für Erwachsene und Jugendliche 20 Pfg. Die Schlußveranstaltung findet am Sonntag, dem 12. Februar, 19.30 Uhr, ebenfalls in der Monistischen Gemeinde statt. Der Eintrittspreis für beide Abendveranstaltungen beträgt einheitlich 30 Pfg. Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben im Büro der „SAZ“, Gartenstraße 21, in der Sternbücherei, Gneisenaustraße, bei den Zeitungsträgern sowie den Funktionären der SAP, des SJV und der Kinderfreunde.

**Es wird d'rum gebeten:**  
Nicht länger zu warten,  
besorg jetzt schon Karten  
für die

# Roten Raketen

# Chlorodont

die Qualitäts-Zahnpaste

Zur Herstellung der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste werden nur die anerkannt besten Rohstoffe verarbeitet. Chlorodont, morgens und vor allem abends benutzt: **beseitigt häßlichen Zahnbelag und üblen Mundgeruch** ist sparsam im Verbrauch und daher preiswert.

# Die Beerdigung des Wachtmeister Zauritz

Ein tapferer Geistlicher — Protestantische Leichenfeier bei einem Katholiken

In Ottmachau wurde gestern der in Berlin erschossene Polizeiwachtmeister Zauritz beigesetzt. Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet in einem längeren Bericht über die Beerdigung unter anderem einen — wie sie sagen — „kleinen Zwischenfall“:

„Geistlicher Rat Gause, der die Trauerrede hielt, sagte, Zauritz sei in treuer Pflichterfüllung gefallen. Das deutsche Volk sei zu beklagen, in dessen Reihen sich solche Dinge ereignen könnten. Als der Geistliche u. a. sagte:

„der Grundsatz der deutschen Führung dürfte nicht sein: willst Du nicht mein Bruder sein, schlag ich Dir den Schädel ein; wenn man nicht guten Willens folgen wolle, dann sollten eben Köpfe rollen“.

wurde er durch lautes Husten aus den Reihen der Teilnehmer unterbrochen. Geistlicher Rat Gause erwiderte, sich den Nationalsozialisten und Stahlhelmangehörigen zuwendend:

„Jawohl, und wenn Sie noch so husten! Ich stehe hier als Kämpfer der Wahrheit!“

Obleich es sich hier bei dem Geistlichen sicher um einen streng nationalen Mann handelt, obgleich wir die Kirche und die Geistlichkeit auf das schärfste bekämpfen, müssen wir den Mut des Geistlichen Rats Gause bewundern. Denn dazu gehört gewißlich Mut, umringt von der Soldateska der braunen Heerscharen und des Stahlhelms, eine solche Äußerung zu machen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß Gause sich dadurch einer Serie von Verfolgungen ausgesetzt hat.

Nach der Beerdigung, bei der Heines eine Hetzrede hielt, marschierten SA, Stahlhelm und Schutzpolizei gemeinsam durch Ottmachau. Auf dem Ring fand ein Vorbeimarsch vor dem SA-Gruppenführer Heines statt. Also auch der Polizei?

Zu dem Staatsergebnis meldet die „Germania“, der erschossene Polizeiwachtmeister Zauritz sei

Katholik gewesen.

Trotzdem fand die Aufbahrung im protestantischen Dom statt, wobei nur ein protestantischer Geistlicher fungierte.

Die Angehörigen seien mit dieser Art der Totenehrung, die ihrer katholischen Überzeugung widersprach, nicht einverstanden gewesen, vielmehr, wie sie erklärten, vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Es liege, so sagt die „Germania“, ihr fern, Tatsachen zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen. Zumindest aber habe man über dem politischen Charakter der Trauerfeier die religiös-kirchliche Seite der Angelegenheit völlig außer acht gelassen und in einer Weise behandelt, die sie von ihrem welt-

anschaulichen Standpunkt aus entschieden ablehnen müsse.

Soweit die „Germania“: Wir geben sie kommentarlos wieder.

Man hat die Beerdigung des Erschossenen zu einem Rummel aufgezogen, der mit Pietät und Trauergedächtnis nichts mehr gemeinsam hat. Wäre von den Linksparteien ein solches Theater um die Beisetzung eines ermordeten Proleten aufgezogen worden, so hätte die Rechte sicherlich von „Leichenschändung“ gesprochen.

Zu alledem kommt aber hinzu, daß in Berlin immer hartnäckiger das Gerücht laut wird, Zauritz sei von SA-Leuten erschossen worden.

## Die Todesbarke

Planitz i. Sa.

Ein vollbesetztes Haus wie es in Planitz nur selten bei besonderen Veranstaltungen der Fall ist, brachte uns der Russenfilm „Die Todesbarke“. Dieses fesselnde, mitreißende Werk, welches treffend das moralische Niveau, die Feigheit und Brutalität der Herrenkaste und deren Speichellecker veranschaulicht, auf der anderen Seite Menschenliebe, Todesverachtung und Solidarität bis zur Selbstopferung zeigt, hielt das dankbare Publikum bis zum Schluß in Bann. In der Ansprache zog Gen. Hiestermann eine Parallele zwischen dem Gezeigten und den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland, in die wir, so stellte er unter stürmischem Beifall fest, nur geraten konnten, weil wirklich marxistische Politik nicht getrieben wurde. Er forderte auf, hieraus die gegebenen Schlüsse zu ziehen, die im Film vorbildlich demonstriert wurden. Im Beiprogramm lief der Film „Sowjet-Kinder“, der für die gewaltige Leistungsfähigkeit des Sozialismus auf kulturpolitischem Gebiet zeugt. Gen. Flosk, der Jahre hindurch in Rußland weilte und dort das Werden des Sozialismus erlebte, bestätigte in seinen Ausführungen das im Film Wieder-gegebene als Wirklichkeit. Dieser Abend war ein voller Erfolg für unsere Partei. Allen, denen Gelegenheit geboten wird, das gigantische Filmwerk zu sehen, ist ein Besuch nur zu empfehlen.

# Das Hochwasser in Schlesien

Zwei Malapaneburgen zerstört

Der Wasserpegel der Oder ist im Verlaufe des gestrigen Tages auch weiterhin gestiegen. Nachrichten aus Ratibor zufolge hatte der Fluß in der Nacht zum Dienstag bei Ratibor bereits die Ausfahrungslinie erreicht und stieg im Verlaufe des gestrigen Tages bis auf einen Pegelstand von vier Metern an. Die Niederungen der Ratiborer Gegend stehen bereits auf weite Strecken hin unter Wasser.

Infolge des starken Eisganges, den die Malapanen führte, sind in der Nacht zum Dienstag zwei große Holzbrücken von den Eismassen fortgerissen worden.

Im Laufe des gestrigen Tages ist aber der Fluß belnahe völlig vom Eis befreit worden. Ein weiteres Abschwellen von Eismassen ist auch nicht mehr zu erwarten.

In Breslau hat das Eis in diesem Jahr einen völlig anderen Weg genommen als man es seit 1915, dem Jahre, in dem der große Flutkanal, der oberhalb von Wilhelmshafen von der Oder abzweigt, fertig wurde, gewohnt war. Der Eisgang nahm nämlich diesmal nicht durch den eben genannten Flutkanal seinen Weg, sondern über das Strauchwehr am Zoologischen Garten und durch die alte Oder. Das ist dadurch zu erklären, daß beim Eintreten des Eisganges die Wasserhöhe der Oder nur so klein war, daß sie nicht ausreichte, um das Eis über das Abflußwehr des Flutkanals zu heben.

Der Abgang der Eismassen vollzog sich aber nicht widerstandslos an der Stelle, wo die alte Oder mit dem Hauptlauf der Oder zusammenfließt, wo das Pumpwerk der Breslauer Abwässer steht, hatte sich eine riesige Eisversetzung gebildet. Man versuchte die Eisbarre, die bis auf den Boden des Flusses ging, durch Sprengschüsse zu lockern. Aber vergeblich. Erst als man einen Schleppdampfer als Eisbrecher verwandte, gelang es, die Versetzung zum Abschwellen zu bringen.

## Haftbefehle

gegen die Nazimörder

Gegen die am Sonntag im Zusammenhang mit der Ermordung des Reichsbannerkameraden Steinfeld festgenommenen Nazis hat das Breslauer Amtsgericht Haftbefehl erlassen. Ob der Mörder sich unter den zwei Verhafteten befindet — darüber schweigen sich die zuständigen Stellen aus.

## Nazi- oder Arbeitsdienstkaserne?

Was geht mit

der früheren „Elfer-Kaserne“ vor?

Wie wir erfahren, ist den Bewohnern der früheren „Elfer-Kaserne“, dem großen Gebäude am Stadtgraben, unweit des Freiburger Bahnhofes, gekündigt worden.

Im Zusammenhang mit dieser Kündigung werden Gerüchte zweierlei Versionen laut. Das eine Gerücht behauptet, daß die Kaserne in ein großes Zentral-Gauehaus der Nazis umgewandelt werden soll, daß der Terror gegen die Arbeiterschaft demnächst also von hier ausgehen soll.

Das andere behauptet, daß in diese Kaserne die zum Arbeitsdienst gepreßten Proleten gesperrt und „erzuchtigt“ werden sollen. Die Breslauer Arbeiterschaft erwartet, daß die zuständigen Stellen der hiesigen Reichswehr sich zu diesen Gerüchten äußern.

## Kostümfest der Volksbühne

Auch in die em Jahr verkehren in der Nacht von Sonnabend, den 11. Februar, zum Sonntag, den 12. Februar, wegen des Kostümfestes „Klappitz und Gardine“, das im Messehof stattfindet, Nachtwagen der Straßenbahn. Nach den letzten Wagen der Linie I ab Jahrhunderthalle 1.23, 1.40 und 2.07 wird eine I-Linie eingeleitet von der Jahrhunderthalle über Freiheitbrücke zum Ring und zurück mit halbstündiger Zugfolge ab Jahrhunderthalle 2.45, 3.15, 3.45 und 4.15. Die Tageswagen der Linie I beginnen am 12. d. M. ab Jahrhunderthalle um 4.36 mit Abstand von 12 Minuten, die ersten Wagen der Linie II fahren ab Parkstraße um 5.01 mit Abstand von je 15 Minuten bis 5.53, von dann ab alle zehn Minuten.

Der sehr ermäßigte Eintrittspreis zu dem Kostümfest beträgt für Mitglieder und Studenten im Vorverkauf 1,65 M., für Nichtmitglieder 2,50 M.



## Parteischule Breslau

Donnerstag, 20 Uhr, im Heim Sonnenstraße, nur für die geladenen Referenten.

Achtung Kinderfreundehelfer! Soweit für die Kinderveranstaltung der Roten Raketen am kommenden Sonntag noch Karten gebraucht werden, sind diese bei Rettig oder im Sekretariat zu haben.

## Werbt Abonnenten

### STADTTHEATER

Mittwoch, 19.30—gegen 23  
Abonn.-Vorst. F 40

Die Hochzeit des Figaro

Donnerstag, 20—22.10

Friedemann Bach

Freitag, 19.30—gegen 23

Carmen

### LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.15

Donna Diana

Lustspiel von Moreto

GERHART-HAUPTMANN

THEATER

Täglich 20.15—22

Die Wölfe

Drama von Romain Rolland

## SAZ buchvertrieb

jetzt auch gartenstraße 21

bietet ständig große auswahl in guten u. preiswerten büchern. besonders empfehlenswert u. a.: fritz sternberg, niedergang des deutschen kapitalismus, ganzleinen, nur mk. 4.50 m. n. roy, revolution und konterrevolution in china, broschiert, nur mk. 2.— rote bücher, broschüren, arbeiter-kalender, „roter pionier“.

nach auswärts wird porto berechnet.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Insetate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7. Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Giebert, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

# Der Leser der SAZ kauft bei:

## WESTEN

**Lebensmittelhaus**  
Heinrich & Co.  
Frankfurter Straße 154

**Restaurations Erugott Riefe**  
Weidenstraße 83

**Treffpunkt aller Genossen**  
Hagenerstr. Aufenthal — Niedrige Preise

**Lebenshaus Gotthard Völkel**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 51

**Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art**

**Fleischermeister Max Lattner**  
Posenerstraße 23

**Stets in Qualität — Niedrige Preise**

**f. Fleisch- und Wurstwaren**  
Steinauer Str. 6

**Emil Lück**

**Besucht das**

**„Proleten“**

**Arbeiter-Sport-Kartell**

Paul Frühauf  
**Kolonialwaren usw.**  
Bergstraße 22

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren

Richard Polke, Anderssenstr. 16

**Kolonialwaren**

Anderssenstr. 2 R. & J. LUX Leuthenstr. 52

**ff. Fleisch- u. Wurstwaren**

Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

**Paul Biehl**

**Kolonialwaren**

**9% Rabatt**

**Aisenstr. 13 und Aisenstraße 89**

## NORDEN

billigst bei  
**Leder K. Becker**  
Gnatsenaustraße 5

**InuhVogel**

Friedrich-Wilhelmstr. 66

Schaltziger Straße 12

**Wilhelm Kupczyk**  
Schlesierstraße 51

**Kolonialwaren Lebensmittel**

**Waldemar Burczyk**

**9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%**

Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

**Beachtet unsere Inserate**

## SUD U. SUDWEST

**W. Krieger**  
Steinstraße 91 Telefon 308 39

**Kolonialwaren — Delikatessen**

**Erich Langner**

**Kohlenhandlung**  
Augustastraße 26 — Fernsprecher 351 65

**➕ Drogen, Farben, Foto ➕**  
Walter Bienas, Lehmgrubenstraße 56

**Kauft den Arbeiter-Kalender**

**„Roter Pionier“ Preis 50 Pfg.**



# Das proletarische Kind in der Krise

**I.**  
Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922, gestützt auf die Ausführung der Artikel 119—122 der Reichsverfassung, hat den Wortlaut:

**Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.**

Im Jahr 1922, da war der Wahnglaube, man könne in den Sozialismus hineinwachsen, noch sehr stark verbreitet. Da jubelte man über diese Formulierung. Nun war auch das Arbeiterkind dem Staate näher gebracht. Heute, 10 Jahre später, ist der Glaube vom Hineinwachsen in den Sozialismus gründlich zerstört und die so besungenen Ansätze vom Sozialismus sind nirgends mehr zu finden.

Das Chaos der Weltkrise greift unaufhaltsam um sich, bringt grauenvolles Elend im steigenden Tempo über das Proletariat aller kapitalistischen Länder. Millionen stehen vor dem Nichts. Millionen Kinder schreien nach Brot, haben nichts anzuziehen, verkommen in stinkenden Wohnhöhlen. Während die Proleten Hunger schrien, vernichteten die Kapitalisten die Lebensmittel.

In 16 Ländern der Welt zählte man im Januar 1932

## 48,5 Millionen Vollerwerbslose

Die größten kapitalistischen Staaten, Amerika, England, Frankreich und Deutschland zählten allein 29 Millionen. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, dann leiden gegenwärtig

**über 100 Millionen Menschen unter der Geißel der Arbeitslosigkeit.**

In nur 9 Ländern gibt es obligatorische Arbeitslosenversicherung, die aber auch zum großen Teil auf dem Papier steht. In Deutschland erhalten nur noch 25 Prozent der Erwerbslosen diese versicherungsgemäße Unterstützung.

Millionen sind auf die Bettelpfennige oder Betteluppen der Wohlfahrt oder der Kirche angewiesen.

Auch die im Betrieb stehende Arbeiterschaft führt ein Hungerleben. Kurzarbeit, Lohnraub, Teuerung hat in allen kapitalistischen Ländern das Lohnvermögen fortwährend gekürzt. Der Durchschnittslohn eines amerikanischen Industriearbeiters sank vom Beginn der Krise bis zum Oktober 1931 um 23,4 Prozent. Die amtlichen Ausweise der Wochenlohnsätze vom Jahre 1921 in England weisen eine Senkung um 405 000 Pfd. Sterling auf. In den einzelnen Industriezweigen Frankreichs wurden die Löhne im Jahre 1931 um 25—30 Prozent gesenkt. Die Zahl der Kurzarbeiter erreichte im Februar 1932 5 1/2 Millionen. Italien weist eine durchschnittliche Senkung des Stundenlohn von 18—40 Prozent in den einzelnen Industriezweigen auf.

In Deutschland betrug der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters im Jahre 1929 noch 42,20 RM, im Jahre 1931 sank der Durchschnittslohn von 32,90 im Januar auf 25,85 RM im Dezember des gleichen Jahres und im April des Jahres 1932 verzeichneten wir einen Durchschnittslohn von nur noch 22,70 RM.

Dieser Lohn macht nur noch 58 Prozent der amtlich errechneten Lebenshaltungskosten aus.

Zu alledem kommt noch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge bei gleichzeitigem Abbau der Leistungen der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung und die enorme Steuerbelastung.

Papen gebrauchte in seiner Regierungserklärung die Formulierung:

„Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsstaat zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“

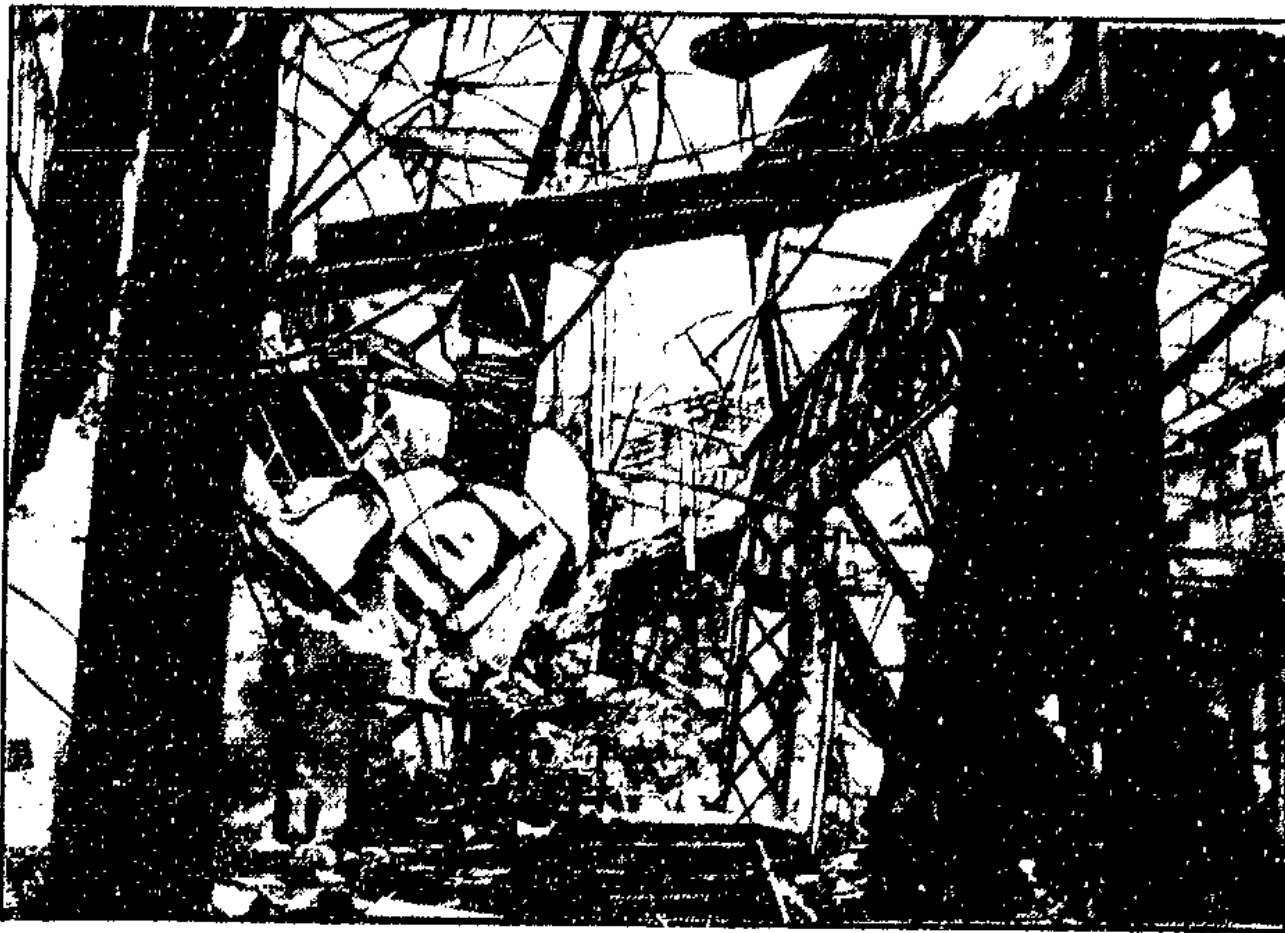
Brünning hat daraufhin zu seiner Verteidigung in der Presse erklärt:

„Daß die Regierung in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und Sozialversicherung um mehr als 6 Milliarden gedrosselt hat.“

Oben wurde schon angeführt, daß der Lohn nur noch 58 Prozent der amtlich errechneten Lebenshaltungskosten ausmacht. Die Zahl der Beschäftigten betrug nach der Krankenkassenstatistik Ende März um 11,9 Millionen. Die Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung wurden seit 1929 von 81 RM auf 48,50 RM gesenkt. Dazu kommt dann die Kürzung der Papen-Nötverordnung. Von diesen ungeheuerlichen Kürzungen werden 13 1/2 Millionen Menschen getroffen.

## So sieht der deutsche Wohlfahrtsstaat aus

Wo bleibt angesichts solcher Verhältnisse, die die proletarische Familie aufs schwerste erschüttern, die körperliche und seelische Erziehung des Arbeiterkindes? Wenn wir schon sagen, wir müssen dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterkinder sich ihrer Klassenlage bewußt werden, dann sind wir auch verpflichtet, die Lebensweise der Arbeiterkinder schonungslos aufzuzeigen. Unsere Feststellungen dürfen sich dabei nicht nur auf das deutsche Arbeiterkind erstrecken, sondern auch die anderen kapitalistischen Staaten müssen dabei unter die Lupe genommen werden.



## Furchtbare Explosions-Katastrophe in den Renault-Autowerken bei Paris

Die völlig zerstörte Elektrizitäts-Zentrale der Renault-Werke in Paris-Billancourt.

Die Zahl der Toten bei der Explosion betrug 8, Verwundet sind 78, davon mußten 42 ins Hospital gebracht werden. 5 der Verwundeten befinden sich in lebensgefährlichem Zustand.

Die Ursache der Explosion konnte bisher

Die Preussische Regierung hat am 2. März 1932 eine Denkschrift herausgegeben über den Gesundheitszustand der Kinder in den preussischen Volksschulen. Die Reichsregierung gab ebenfalls eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes heraus. Beide Regierungen benutzen sich, die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft als noch nicht so ungünstig darzustellen. Trotzdem sind sie gezwungen, ungeheure Tatsachen der Massenverelendung bekannt zu geben. Die Reichsregierung stellt in ihrer Denkschrift fest, daß zwar die Sänglingssterblichkeit erheblich zurückgegangen sei,

„dagegen aber die Sterblichkeit der 1. und 2. Lebensstages ständig gestiegen ist“.

Wir Arbeiterkassen drücken uns da nicht so vorsichtig aus wie die Regierung, wir sagen offen heraus:

## Unsere Kinder hungern schon im Mutterleibe!

Hunderttausende Säuglinge könnten am Leben bleiben, wenn die schwangeren Mütter vor Entbehrungen und Ausbeutung geschützt würden. Prof. Rott gibt zu, daß der gegenwärtige Stand einer Sänglingssterblichkeit von 8,1 Prozent, also daß im Durchschnitt jedes 12. Kind, das geboren wird, bereits im ersten Lebensjahre wieder stirbt, gemessen an den Möglichkeiten der Senkung der Sänglingssterblichkeit, noch außerordentlich hoch ist. Über den Durchschnittsatz von 8,1 Prozent standen aber noch Nieder- und Oberschlesien mit 12,5 Prozent und Mecklenburg mit 12,1 Prozent. Berlin meldet, im Durchschnitt starben von 100 Lebendgeburteten 8,7 Prozent, in Arbeiterbezirken aber, wie am Wedding,

10 Säuglinge, im westlichen Bezirk dagegen nur 5,2. Danach mußten also rund doppelt soviel Arbeiterkinder wie Frauen der Bessergestellten ihre Kinder, kaum geboren, ins Grab legen. Das traurige Kapitel der unehelichen Kinder offenbart sich auch hier wieder. Von 8101 unehelich Geborenen starben 1921, also im Durchschnitt jedes 8. Kind im ersten Lebensjahre.

Die Reichsstatistik veröffentlicht in der Zeit von 1919—1921 über die Sänglingssterblichkeit ungeheuerliches Material, nachdem Deutschland im Reigen der hochentwickelten Industriestaaten an erster Stelle steht. Die Vereinigten Staaten von Amerika berichteten von einem Durchschnitt, der 7,6 Prozent beträgt, England 7,8 Prozent, Frankreich 9,9 Prozent und Deutschland muß von 12,6 Prozent berichten.

Was sind die Ursachen dieser großen Sänglingssterblichkeit? Lassen wir Berlin berichten: Die Ursache der Sterblichkeit der 3725 Säuglinge war bei 1209 Frühgeburten und Lebensschwäche, bei 853 Erkältungskrankheiten, darunter 505 im Zusammenhang insgesamt sind also in Berlin von 3725 Säuglingen 2062, das sind weit mehr als die Hälfte, an den Folgen des Hungers, des Blends der Mutter vor und nach der Geburt zugrunde gegangen.

Was hat Preußen, was hat das Reich getan, um diese Zustände zu beseitigen?

Die Preussische Regierung, der Hort für den Sozialismus, wie man in der SPD immer so schön sagte, hat aber die Mittel zur Bekämpfung der Sänglingssterblichkeit für das Jahr 1932 noch von 600 000 RM auf 177 000 RM herabgesetzt. Die Reichsregierung hat alle Zuschüsse für die Familien-Wochenhilfe beseitigt und die Leistungen der Wochenhilfe der Krankenkassen auf die Regelleistungen beschränkt. Auch die Gemeinden haben die Wochenfürsorge ab, Berlin hat die Zahlung der Stillprämien für die stillenden Mütter eingestellt.

Dann läßt man sich im Preussischen Landesgesundheitsrat Vorträge über den Gesundheitszustand des Kleinkindes halten. Was nützt es, wenn Prof. Langstein auf der Tagung dieses Preussischen Gesundheitsrates warnend erklärt, daß in geradezu bringstigem Tempo die Rachitis, die man besorgt zu haben glaubte, bei dem Kleinkinde wieder in Erscheinung tritt. (Schluß folgt.)

## Kleine Nachrichten

### Fabrikbrand

Bodenbach, 8. Februar.

WTB. Aus bisher unbekannter Ursache brach am Dienstag abend in einem großen, drei Stockwerke hohen Fabrikgebäude der Textilwerke Makosa A.-G. gegenüber dem Bodenbacher Bahnhof Feuer aus, das erst bemerkt wurde, als bereits ein großer Teil des Dachstuhles und des oberen Stockwerkes in Flammen stand. Binnen einer halben Stunde war der Dachstuhl des Gebäudekomplexes ein Raub der Flammen geworden; bald darauf stürzten die Decken der oberen Stockwerke ein. Der Schaden dürfte mehr als eine Million tschechische Kronen betragen. Die Feuerwehr mußte ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die benachbarten Wohn- und Beamtenhäuser, wie auch den Bodenbacher Bahnhof vor einem Übergreifen des Brandes zu schützen.

### Hauseinsturz in Spanien

Saragossa, 8. Februar.

WTB. In der in der Nähe gelegenen Gemeinde Tauste ist ein Haus eingestürzt. Von den vier Bewohnern kamen zwei ums Leben, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

## Marcia Reale

Novelle von Andreas Latzko

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.  
Copyright 1932 by  
M. A. Verlag, Berlin

Pasquali wurde verlesen. Etwas war ihm unheimlich an dem neuen Kameraden. Es war wohl bestimmt der sizilianische Dialekt, den er sprach, aber er sprach ihn ganz eigen, wie angeleint; und dazu hatte er so seltsam starke Augen, daß der Leinenweber es unwillkürlich vermied, ihrem Blicke zu begegnen. Erst als der Fremde seine Frage noch einmal wiederholte, nannte Pasquali die Adresse der Matrosenkneipe, fügte aber sofort hinzu, daß dort zwei Lire bei der Aufnahme abgefordert würden.

„Ach so?“ rief der Sizilianer und verbeugte sich spöttisch bis zum Boden, „entschuldigen, Durchlaucht, ich habe es nicht gleich erkannt, daß ich's mit einem verkleideten Großfürsten zu tun habe, der gewohnt ist, zwei Lire für sein Nachtlager zu zahlen.“

Statt jeder anderen Antwort hielt Pasquali dem Spötter sein erbetelltes Geldstück unter die Nase: „Dieses Vermögen verdanke ich dem Glück, einem wohlthätigen Großfürsten begegnet zu sein, der es gnädig aus seinem kostbaren Pelzmantel für mich herausfischte“, höhnte er zurück und erzählte gleich ausführlich die Erlebnisse der drei letzten Tage, von dem Auszug aus seiner Heimat bis zu der Begegnung. „Mit meinen vier Soldi werde ich wohl auch die vierte Nacht unter eine Brücke kriechen müssen. Oder weißt du am Ende was Besseres?“

Der Fremde ließ die schüchtern gestellte Frage unbeantwortet und schob Pasquali an der Schulter in eine schmale Quergasse. „Vor allem wolle wir aus der Via Balbi verschwinden“, erklärte er, „um diese Stunde schnüffeln die Dreispitze die Hauptstraßen ab, da kannst du leicht schneller ins Trockene kommen, als dir lieb ist.“

Pasquali schüttelte unwillig die Hand des

Fremden von seiner Schulter und bohrte die Augen mißtrauisch in das unheimliche Gesicht. Es paßte ihm nicht, mit solcher Selbstverständlichkeit dem lichtscheuen Gesinde zugehört zu werden, das die Publica Sicurezza zu fürchten hatte. Der Mensch sollte wissen, daß man noch lange kein entsprungener Stüffling sein mußte, weil man nur zwanzig Centesimi besaß.

Der Sizilianer nickte nur bedächtig, ohne die Zurechtweisung übel zu nehmen. „Ja, ja“, brummte er, „ich habe es dir sofort angesehen, daß du ein Grüner bist. Wer noch nicht in ihren Büchern steht, ist am allerverdächtigsten, merk' dir das, mein Lieber. Was schaust du mich so merkwürdig an?“

„Ich?“ staute Pasquali, „du hast so eine Art, einen anzustarren.“  
Der Fremde kicherte lautlos in sich hinein. „Das ist nur mein rechtes Auge, es schaut wohin es will, denn es ist aus Glas. Wenn es dich stört, kannst du's nachher in die Tasche stecken. Hab es vorgestern schon einem Brillenhändler anhängen wollen, aber er wollt's nicht haben, es sei schlechter Qualität. Ich habe ein Prima-Qualitäts-Auge dafür gegeben, das darfst du mir glauben. So geht es, wenn man mit dem Vaterland Geschäfte macht!“

Cäsare Pasquali blieb stehen. „Auch Kriegsinvalide?“ rief er erfreut. „Ich habe ihnen diese zwei Finger gegeben, die beiden gerade, die ich als Leinenweber nicht entbehren kann. Finger aus schlechtem Glas haben sie mir nicht anhängen können, nur eine Rente, die genau für die beiden Finger ausreichen würde, aber nicht für den Menschen, der übriggeblieben ist.“ — — — Er spie verächtlich durch die Zähne, deutete an sich hinunter und quetschte mit einem leichten Druck einen wahren Bach aus seinem Armeel. „Da! Ich Schau!“

„So ein blöder Hund mit gestutzten Ohren und einer bissigen Schnauze hätte man halt werden sollen!“ gab nach einer Weile der Fremde zur Antwort, und ließ den Kopf hängen. „Du schreibst sie Bücher und erfindest Geschichten, ich hab den Quark fünfzehn Jahre lang setzen müssen! Wozu viel erfinden? — — Pierrino, mein Engel, laß dich

herbei, ins Haus zu spazieren, kriegst eine feine Wurst und ein Sauktissen vor den Kamin! Und zwei verkümmerten Menschen schlägt sie das Tor vor der Nase zu, fragt den Teufel danach, auf welchem Misthaufen sie verstecken werden.“

Der Leinenweber nickte andächtig und ließ sich mit dem Respekt des Analphabeten den Beruf des Setzers erklären. Es imponierte ihm nicht, daß ein Mann, der Bücher nicht nur lesen, sondern sogar vertiefen konnte, ihn seiner Gesellschaft würdigte. Das war doch was anderes, als die satten, unwissenden Menschen in der Osteria seiner Vaterstadt! ... Als hätte er alles selbst miterlebt, so tiefend verstand es der Setzer, die Leidensgeschichte, die Pasquali mit der gewohnten Ausführlichkeit zum besten gab, mit kurzen, schlagenden Randbemerkungen zu versehen. Welche Freude, endlich einmal nicht nur verstanden und gewürdigt, sondern bestärkt und ergänzt zu werden. Er konnte nur wollüstig nicken und ein ums anderemal bestätigen: „So, ja, so ist es, das hast du wieder gut gesagt.“

Bei der heiligen Jungfrau, jedes Wort ein Goldstück! ... Dich sollten sie einmal daheim hören, in der Osteria, dann wüßten sie, was Wahrheit ist.“  
Der Sizilianer nahm die Begeisterung seines neuen Verehrers mit mürrischem Gleichmut hin. Erst als der Leinenweber ihn glauben machen wollte, die Sehnsucht nach den Freunden aus der Gelangenschaft sei der Grund seines Ausbruchs gewesen, da verschwand der Ernst plötzlich aus dem düsteren Gesicht, der Setzer blieb stehen, leuchte aus voller Kehle und rief mit einem Schlag auf Pasqualis Schulter: „Donnerwetter, das ist einmal ein Zusammentreffen! Wie die Züge, die sich auf dem Brennpunkt oben kreuzen!“

Die Erklärung für diesen geheimnisvollen Satz blieb er aber schuldig, versprach nur, seine eigene Geschichte mit der gleichen Ausführlichkeit zu erzählen, wenn sie erst unter Dach säßen. Er wußte im alten Hafen, unweit der Lotenschule, einen leeren Getreideschuppen, aus dessen Hinterwand zwei Bretter ausgestemmt und nur flüchtig eingesetzt waren, so daß Eingeweihte mit Leichtigkeit hineinschlüpfen konnten, sobald es finster war.

Eine Restauration für Großfürsten, wie in der Matrosenkneipe, gab es da freilich nicht, dafür hielt der Setzer unter einer leeren Kiste einen halben Loib Brot und ein Restchen Schnaps verborgen, er wollte als guter Kamerad seine Vorräte mit Pasquali teilen, sobald alle andern Bewohner des Schuppens schon schliefen; denn die Begriffe mein und dein hatten dort nur für den körperlich Stärksten Gültigkeit. Sonst aber war es gemächlich, in einer Ecke lagen leere Mehlsäcke bis zur Decke hochgeschichtet, und der Leinenweber sollte noch lernen, welche Schätze solche leere Mehlsäcke waren. Vor allem konnte man sich mit einem Sack den Körper trockenreiben, trennte an einem besonders lang geratenen Exemplar an drei Stellen die Naht auf, um mit Kopf und Armen durchzuschlüpfen, und hatte das herrlichste Nachthemd an, statt der durchnässten Kleider, die man auswunden und über Nacht trocknen lassen konnte. Pasquali werde morgen bestimmt sagen, man schlafe auf keinem Bett besser als auf leeren Mehlsäcken.

Pasquali wäre seinem Retter am liebsten um den Hals gefallen. Mit verjüngter Kraft folgte er dem Führer durch den alten Hafen, hinter einen Fischerkahn oder ein leeres Fäß gekauert, wenn der Mond aus den Wolken kroch, so daß sie beinahe eine volle Stunde brauchten bis zu dem leeren Schuppen. Anfangs klopfte Pasquali das Herz in der Kehle oben, er war jeden Augenblick gefahrt, umzingelt und niedergemacht zu werden von der unheimlichen Gesellschaft. Allmählich aber lichtete sich der Kreis der Kartenspieler, ein Schnarchen, als würde der ganze Schuppen zersägt, löste das Gebrölle ab, und noch ehe es dröhnte Mitternacht schlief, konnte der Setzer den Proviant aus dem Versteck holen.

Mollig durchrieselte der Schnaps die erwärmten Glieder, die Kleider lagen zum Trocknen ausgebreitet zwischen den beiden, jedes Stück an einem Bindfaden, dessen Enden um die Knöchel Pasqualis und des Setzers gewickelt waren, als Alarmvorrichtung gegen Diebe. Tief eingegraben in den wollenen Berg, lagen die neuen Freunde im Finstern, und der geheimnisvolle Sizilianer erzählte flüsternd seine Geschichte.

(Fortsetzung folgt.)



# Der Fünf-Jahrplan der USSR

Im Urteil von Roderich v. Ungern-Sternberg in der ADGB-Zeitschrift „Die Arbeit“

## Vorbemerkung

Wir bringen in nachstehendem, mit zwei Fortsetzungen in den nächsten Nummern der „SAZ“, einen größeren Aufsatz, den der in ADGB-Kreisen sehr bekannte Schriftsteller v. Ungern-Sternberg in der neuen Nummer der „Arbeit“, dem theoretischen ADGB-Organ, unter der Überschrift „Der erste Fünfjahrplan und die sowjetrussische Industriearbeiterschaft“ veröffentlichte. Der Aufsatz ist aus folgenden Gründen auch für unsere Leser von großem Interesse.

1. von Ungern-Sternberg, der aus dem baltischen Adel stammt, beschäftigt sich schon seit 25 Jahren mit den Fragen der Industriearbeiterschaft in Rußland. Nach der russischen Revolution nahm er bis vor nicht allzu langer Zeit in zahlreichen Artikeln und Notizen über Rußland in der ADGB-Presse eine sowjetfeindliche Haltung ein. Er war um 1931/32 längere Zeit selbst in Sowjetrußland. Unter dem gewaltigen Eindruck des gewaltigen Geschehens in der Sowjetunion sah er sich gezwungen, sein früheres Urteil zu korrigieren, so daß er in seinem Aufsatz, trotz offensichtlich sehr kritischer Einstellung, doch zu einer positiven Beurteilung und Würdigung des Fünfjahresplanes kommt.

2. Der Artikel ist auch insofern von großem Wert, als er von einer bestimmten Seite aus einen bisher in der deutschen Presse ganz fehlenden Gesamtüberblick über Sinn, Zweck und Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes gibt. Dabei ist von besonderem Interesse die Feststellung von Ungern-Sternberg, daß trotz aller Mängel, Schwierigkeiten und Entbehrungen das ganze russische Proletariat fest und positiv zur Sowjetmacht steht und doch alle Aufbauarbeit im heutigen und zukünftigen Interesse des Proletariats liegt.

3. Wichtig ist noch, daß dieser Aufsatz in der bisher verübten sowjetfeindlichen „Arbeit“ des ADGB erscheint. Es ist dies ein Zeichen, daß auch die ADGB-Führung dem gewaltigen Eindruck, den die Ergebnisse des Fünfjahresplanes in der ganzen Welt macht, Rechnung tragen muß. Sie tut das zunächst in der von Arbeitern fast nicht gelesenen Zeitschrift „Die Arbeit“. Die ADGB-Führung wird das gewiß in nicht ferner Zeit auch in ihren gewerkschaftlichen Massenorganisationen machen, und ihre Stellung zur Sowjetunion unter dem Druck der Massen radikal ändern müssen.

Und nun lassen wir v. Ungern-Sternberg sprechen, wobei wir selbstverständlich erklären müssen, daß wir längst nicht in allen Punkten mit seiner Beurteilung einig gehen.

## v. Ungern-Sternberg schreibt:

Als im Jahre 1928 von der Sowjetregierung der Entschluß gefaßt wurde, einen auf fünf Jahre berechneten volkswirtschaftlichen Aufbauplan durchzuführen, wurde dieses außergewöhnliche Vorhaben unter Ausbietung des ganzen riesigen Propagandaapparats, über den die Partei und die Regierung in der Sowjetunion verfügen, bekanntgegeben. Der Bevölkerung wurde eingehämmert, daß nach Durchführung dieses Fünfjahresplanes, der „Pjatiletki“, sich alles zum besten wenden, alle wirtschaftlichen Nöte verschwinden würden. Diese Verheißung ist von den breiten Massen der bäuerlichen und städtischen Bevölkerung gläubig aufgenommen worden, und allenthalben bekam man zu hören, ja, wenn erst die „Pjatiletki“ durchgeführt sein wird —

Inzwischen ist der ersetzte Zeitpunkt gekommen; sogar früher, als ursprünglich vorgesehen war, denn eigentlich sollte der Fünfjahrplan erst am 1. Oktober 1933 abgeschlossen werden. Die Erfolge aber, die in zahlreichen Industriezweigen in bezug auf die Menge der Produktion erzielt werden konnten, haben die Regierung veranlaßt, den Fünfjahrplan auf genau 4 1/2 Jahre zu beschränken; die Durchführung der „Pjatiletki“ hat am 1. Oktober 1928 begonnen. Nach zwei Jahren ist am 1. Oktober 1930 ein Sonderquartal bis zum 1. Januar 1931 eingeschaltet worden, und die beiden letzten Jahre der „Pjatiletki“ entfallen auf die Kalenderjahre 1931 und 1932.

Die Beurteilung des Fünfjahresplanes hat im Laufe seiner Durchführung in der deutschen Öffentlichkeit recht erhebliche Wandlungen erfahren. In den ersten zwei Jahren ist im allgemeinen die Bedeutung dieses Planes überhaupt nicht erkannt worden, und sofern er kritisch gewertet wurde, war die Beurteilung meist eine ausgesprochen geringwertige, zum Teil gehässige. Erst als Sowjetrußland auf Grund der Produktionssteigerung im Rahmen des Fünfjahresplanes mit riesigen Mengen Holz, Erdöl und einigen gewerblichen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt erschien und man allenthalben über russisches Dumping zu klagen anfing, hörte die Bagatellisierung und Verächtlichmachung des Fünfjahresplanes mit einmal auf. Das Interesse für dieses Vorhaben der Sowjetregierung nahm einen außerordentlichen Aufschwung. Mit einem Schlage waren in den meisten bürgerlichen Blättern sämtliche Berichte über das Elend der russischen Arbeiter, über die Mißwirtschaft in der Industrieverwaltung usw. verschwunden, und erst in allerletzter Zeit scheint sich auf Grund der großen Lebensmittelschwierigkeiten, die Sowjetrußland zur Zeit durchmacht, auch in bezug auf die Ergebnisse des Fünfjahresplanes eine abfällige Beurteilung durchsetzen zu wollen.

Stellt man ganz allgemein die Frage, was der Fünfjahrplan bezweckt hat und was erreicht worden ist, so kann man in Kürze folgendes feststellen:

Es war eine außerordentliche Steigerung der ganzen industriellen Ausrüstung und der industriellen Fertigerzeugung beabsichtigt, und auch die landwirtschaftliche Erzeugung sollte, wenn auch längst nicht eine so große wie die industrielle Produktion, so doch auch eine bedeutende Vermehrung des gesamten Lebensmittelfonds zeitigen. Das Ergebnis ist folgendes:

Die industrielle Ausrüstung hat enorme Fortschritte zu verzeichnen. Die Versorgung mit industriellen Erzeugnissen des täglichen Bedarfs ist auch wie vor recht mangelhaft und die Belieferung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eine sehr dürftige und unregelmäßige.

Diese Feststellung bedeutet, daß der Aufstieg von einem Zustand völligen Daniederliegens, wie er nach Beendigung des Bürgerkrieges und Aufhebung der Blockade im Jahre 1921 gegeben war, bis zur Erbauung und Inbetriebnahme von Hunderten modern eingerichteter Industriewerke, darunter solcher Riesens wie das Dnjeprowsche Wasserkraftwerk, das Magnitogorske und das Kusnetschke Eisen- und Stahlwerk, die Traktorenfabriken in Stalingrad und Charkow u. a., eine Leistung darstellt, wie sie in der Wirtschaftsgeschichte in so kurzer Zeit kaum ein zweites Mal zu verzeichnen ist. Diese Industrialisierung hat die Sowjetunion, was die Größe der schwerindustriellen Erzeugung anbelangt, mit an die erste Stelle in der Welt-

produktion gebracht. Die sowjetrussische Roheisen- und Stahlproduktion hat bereits Anfang 1932 einen Umfang erreicht, der nur noch von den Vereinigten Staaten übertroffen wurde, während England, Deutschland und Frankreich erheblich weniger Roheisen und auch um einiges weniger Stahl produzierten als die Sowjetunion. Das kann sich nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise gewiß wieder verschieben, jedoch wird an der Tatsache, daß als Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes Sowjetrußland ein wesentlicher Faktor in der schwerindustriellen Weltproduktion geworden ist, sich nichts mehr ändern. Auch die maschinelle Ausrüstung der gesamten Industrie hat sehr große Fortschritte gemacht. Ferner fällt weltwirtschaftlich sehr ins Gewicht, daß die industriellen Rohstoffe, wie Baumwolle, synthetischer Kautschuk, eine Reihe von chemischen Produkten und Halbzeug aller Art, ferner Aluminium, Qualitätsstähle usw., ganz oder zu einem sehr erheblichen Teil von nun an im eigenen Machtbereich der Sowjetunion erzeugt werden können. Und das alles ist ohne unmittelbare Inanspruchnahme des ausländischen Kapitals, nur unter geschickter Ausnutzung der Rivalität der kapitalistischen Staaten hinsichtlich des Exports nach dem Lande der kommunistischen Diktatur, geschaffen worden.

(Fortsetzung folgt.)

## Kampf-Beschlüsse der Druckerei R. Boll, Berlin

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, die damit verbundene Konzentrierung der staatlichen Machtorgane sowie der Bürgerkriegsgerichte SA und Stahlhelm einschließlich ihrer Nebenorganisationen in wenige Hände, die dadurch ungeheuer gesteigerten Gefahren für die gesamte Arbeiterklasse veranlaßt große Teile der Belegschaft der Buchdruckerei R. Boll G. m. b. H., Berlin, sofort die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung noch während der Schichtarbeitszeit zu fordern.

Die Einwirkungen dieser provokatorischen Regierungsbildung mit ihren, auch von sozialdemokratisch organisierten Kollegen, klar erkannten akuten Gefahren für alle Arbeiterorganisationen verstärkte die im Betrieb seit langem schon bestehende Einheitsfront aller bis zum letzten technischen Belegschaftsmittglied freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Einmütig ohne Stimmenthaltungen wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Die Betriebsversammlung der Firma R. Boll G. m. b. H., Berlin, fordert, daß sofort die Kräfte aller Arbeiterorganisationen zusammengefaßt werden zur Durchführung des . . . . . zur Beseitigung . . . . .“

Die Funktionäre werden beauftragt, sofort mit den Organisationen und Betriebsräten die nötige Fühlung aufzunehmen.“

Zähe Kleinarbeit der Betriebsfunktionäre, die rücksichtslose Ablehnung der RGO hat es vermocht, die Einheitsfront herzustellen und die Belegschaft in den Aktionen der letzten Jahre vom Anfang bis zum Ende einig und geschlossen zu halten.

Die überwiegend oppositionell gestimmte, aber etwas weniger stark politisch organisierte Belegschaft sieht in den Freien Gewerkschaften die Klassenkampforgane, lehnt in ihrer Mehrheit jedoch die reformistischen Methoden der Gewerkschaftsführung ab und versäumt nicht, jederzeit selbst und durch ihre Funktionäre innerhalb ihrer Gewerkschaft ihren Standpunkt zu vertreten.

Ebensowenig läßt sie den von den in Frage kommenden Gewerkschaften zu den Betriebsversammlungen entsandten Vertreter der Verbandsbürokratie im Unklaren über ihre Meinung zu seinen Ausführungen und Argumenten. Hier zu nahm die Belegschaft in der letzten ordentlichen Betriebsversammlung am Sonntag, dem 22. Januar 1933, folgende Entschliebung einstimmig an:

„Die Betriebsversammlung der Firma R. Boll G. m. b. H. erklärt, daß die Ausführungen des Vorstandsvertreters des Verbandes der Graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen keinen Eindruck auf sie gemacht haben und spricht ihrem Arbeiterrat sowie dem Betriebsratsvorsitzenden ihr vollstes Vertrauen aus.“

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im VdBH hatte es unter sehr unwahrscheinlichen Entschuldigungen, Arbeitsüberlastung des Vorstandes, vorgezogen, keinen Vertreter zu dieser Betriebsversammlung zu entsenden. Wahrscheinlicher jedoch ist, daß die Bürokraten von vornherein wissen, in diesem Betrieb keine Lorbeeren ernten zu können.

Um auch diese Verbandsinstanzen nicht im Unklaren zu lassen über die Beschlüsse der Versammlung, beauftragte die Belegschaft den Betriebsratsvorsitzenden, eine gleichfalls einstimmig bei einzelnen Stimmenthaltungen angenommene Entschliebung an den Verband zu überweisen. Deren entscheidende Stellen lauten:

„Die Betriebsversammlung ist der Mei-

nung, daß die jetzt schwebenden Fragen als Fragen des Klassenkampfes nicht mit Bittgängen bei den Reichsinstanzen, nicht mit Verhandlungen über den kapitalistischen Ausweg gelöst werden können, daß sie vielmehr energische Kampfmaßnahmen zur Herbeiführung des Sozialismus erfordern.

Für dieses Ziel muß die Einheit der Arbeiterklasse erstrebt werden, denn sie allein gibt Gewähr für die Erreichung des Zieles. Insbesondere muß die Kampfkraft des ADGB eingesetzt werden. Nur auf diesem Wege wird auch der freigewerkschaftliche Charakter erhalten bleiben. Wir lehnen aus diesem Grunde alle Bestrebungen auf friedliche Lösung der Krise im Bunde mit Teilen der Bourgeoisie ab, wir fordern den Kampf um Klassenziele.

Der Kampf muß gehen um Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Einführung einer ausreichenden Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und Einstellungszwang.

um die Erhaltung und Verbesserung der Sozialpolitik,

um die Abwehr der geplanten Arbeitsdienstpflicht,

um die Verhinderung der reaktionären Aufrüstungspläne (Miliz).

Die Reaktion rüstet mit allen Mitteln, sie lebt von der Spaltung der Arbeiterklasse, wir fordern von allen Arbeiterparteien und von den Gewerkschaften den gemeinsamen Kampf um die nächstliegenden Ziele. Dann werden Reaktion und Risschismus vor der Kraft des Proletariats weichen müssen.“

## Der BVG-streik bei der FGJ Breslau

Am Sonntag abend referierte Kollege Groß vom Gesamtverband in der Freien Gewerkschafts-Jugend (FGJ) Breslau über den BVG-Streik. Er nahm, wie es sich für einen Reformisten, eben gehört, gegen den Streik Stellung. Aber er hatte sich offensichtlich im Publikum geirrt. Nach seinem Referat erhielt er in der Diskussion eine ganz eindeutige Abfuhr. Es sprachen 6 Diskussionsredner, alle gegen seine Auffassung! Besonders die 4 SJV-Genossen erhielten starken Beifall, als sie für die kämpfenden Berliner Arbeiter der BVG sprachen und, anknüpfend an die Einheitsfrontansätze bei der gewaltigen Vormittagsdemonstration, alle ihre Reden in der Forderung nach einheitlichem Vorgehen aller Arbeiterorganisationen gegen Unternehmerangriff und Faschistenterror ausklangen ließen.

Diese Versammlung, die in einem überfüllten Raum stattfand, bei der sich der Referent im Schlußwort mit seinen reformistischen Ansichten kaum durchsetzen konnte, hat wieder einmal gezeigt, was in den Gewerkschaften und auch in der FGJ erreicht werden kann, wenn alle Genossen ihre gewerkschaftlichen Pflichten erfüllen. Darum: Nicht bei dem einen Erfolg stehenbleiben, sondern mit verstärkter Energie, besonders bei der notwendigen gewerkschaftlichen Kleinarbeit, weiterarbeiten!

## Generalversammlung der Buchdrucker Oels

Bei den Wahlen wurden unsere Genossen wiedergewählt. 1. Vorsitzender blieb Lerch (SPD), 1. Kassierer Liedler (SAP). In den Verein für Volkshaus und in den Ortsausschuß, als Delegierter, wurde Koll, Radmer (SAP) gewählt.

## Streik in der Breslauer Silberwarenindustrie

Seit dem 6. Februar 1933 befindet sich die gesamte Silberwarenindustrie in Breslau wegen Lohn Differenzen im Streik. Die Lohnverhandlungen, welche Mitte Januar stattfanden, führten zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer einen noch mäßigen Lohnabzug in der Spitze von 68 auf 65 Pf. bzw. von 64 auf 60 Pf. bzw. von 54 auf 50 Pf. bzw. von 44 auf 40 Pf. für Gesellen im ersten Gesellenjahr von 10 Prozent vornehmen wollten. Was die Akkordpreise betrifft, so soll der auf der Grundlage der Tabellenakkordpreise sich ergebende Wochenverdienst jeweils einschließlich dem bisherigen Abschlag von 13 Prozent einen Abschlag von 35 Prozent erfahren.

Die Unternehmer beharrten auf ihren Forderungen. Vom Metallarbeiterverband wurden daraufhin die Verhandlungen als gescheitert betrachtet.

Die einzelnen Unternehmer erklärten nun ihren Arbeitern, wer für die neuen Lohnbedingungen nicht anfängt, gilt als entlassen.

In einer Versammlung der Silberarbeiter wurde dann zu hundert Prozent der Streik beschlossen.

Wir bitten um die Unterstützung aller Metallarbeiter in diesem berechtigten Abwehrkampf.

## 27 000 Arbeiter streiken

Madrid, 6. Februar.

Infolge von Lohnstreitigkeiten sind heute die Bergarbeiter von Asturien in Streik getreten. Die Metallarbeiter haben sich ihnen angeschlossen. Der Streikaufruf wurde von allen den sozialistischen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeitern befolgt, während die syndikalistischen und kommunistischen Arbeiter keine einheitliche Haltung zeigten. Das Innenministerium gibt die Zahl der Streikenden mit 27 000 an. Zwischenfälle sind bisher nicht bekanntgeworden.

Der Bewegung wird um so größere Bedeutung beigemessen, als sie in der Hauptsache von sozialistischen Organisationen getragen wird und Schwierigkeiten für die Regierung, die bekanntlich drei sozialistische Minister zählt, im Gefolge haben könnte.

## Verschärfung des Eisenbahnerstreiks in Nord-Irland

Dublin, 7. Februar.

Im Eisenbahnerstreik in Ulster wird eine Verschärfung eintreten, nachdem jetzt die Great Northern Railway beschlossen hat, ihren Betrieb stillzulegen.

## Proteststreik in einer französischen Automobilfabrik

Strasbourg, 7. Februar.

In einer Automobilfabrik ist ein Proteststreik gegen die geplante Entlassung einiger Leute ausgebrochen. Die Bewegung umfaßt 2000 Arbeiter.

## Geschäftsstreik gegen Steuererhöhungen in Lyon

Lyon, 6. Februar.

Um gegen eine Erhöhung der direkten und indirekten Steuern zu protestieren, hatten heute nachmittag sämtliche Geschäfte, Speise- und Caféhäuser ihre Betriebe für zwei Stunden geschlossen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

## Achtung! Westfalen-Süd! SAK-Bastelkursus

Genossen, wir erinnern nochmals an den am 11. Februar, nachmittags um 4 Uhr, im Jugendheim, Bochum, Grabenstraße 39, stattfindenden Helferkursus unter der Leitung des Genossen Decker. Mitzubringen sind Schere, Bleistift, Lineal und Papier. Jede Gruppe muß wenigstens einen Vertreter entsenden. Diese Einladung gilt auch für die Gruppen des SJV. Die Gruppe Bochum-Dahlhausen des SJV wird hiermit besonders eingeladen. Die Bezirksleitung.



Jeden Donnerstag  
**DIE ENTE**  
Preis 10 Pfennig

---

**DAS TOLLE ENTENBUCH**  
Herausgegeben von  
Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm  
Mitarbeiter:  
Roda Roda, Erich Weinert,  
Peter Scher, Erich Kästner,  
Paul Nikolaus u. a.  
Reich illustriert / Preis RM. 2.-  
Verlag der ENTE, Berlin W 30,  
Haberlandstraße 7